

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellschuld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
 Nr. 15 · 30. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3** Berlin, 13. April 1929

### Was bringt die neue Bausaison?

Das Institut für Konjunkturforschung befaßt sich in seinem Wochenbericht Nr. 1 vom 3. April mit den Aussichten im Baugewerbe im Jahre 1929. Es schreibt unter anderem folgendes:

#### Die Beschäftigung im Baugewerbe

Der in diesem Winter erreichte außerordentliche Tiefstand der Bautätigkeit ist ausschließlich auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen. Ein konjunktureller Rückgang der Bauplanungen ist bisher nicht eingetreten. So ist auch damit zu rechnen, daß der Arbeitsverlust, der während der ersten zwei Monate dieses Jahres entstanden ist, durch ein nunmehr beschleunigtes Ingangkommen der Bautätigkeit in den kommenden Monaten zu einem Teil wieder ausgeglichen werden wird.

Die saisonmäßige Wiederbelebung der Bautätigkeit hat in diesem Jahr zwei volle Monate später eingesetzt als im Jahr 1928. Der Tiefpunkt der baugewerblichen Beschäftigung wurde unter dem Einfluß der außergewöhnlichen Kälte erst Ende Februar erreicht. Erst Anfang März ist die Beschäftigtenziffer zum erstenmal wieder gestiegen.

#### Die Bauplanungen im Wohnungsbau

Die Zahl der Bauerlaubnisse für Wohnungen war in der zweiten Hälfte 1928 beträchtlich größer als im Vorjahr. Da bei den damaligen günstigen Witterungsverhältnissen eine beträchtliche Anzahl von Wohnungsneubauten noch im Herbst 1928 in Angriff genommen werden konnte (selbst im November war eine auffallend hohe Zahl von Baubeginnen festzustellen), übertraf z. B. nach Erhebungen für Preußen hier der in das Jahr 1929 übernommene Bestand an noch fertigzustellenden Wohnungen mit 96 000 den bereits übernormal hohen Uebernahmebestand von 1928 (90 000 Wohnungen). Dazu kommt, daß entsprechend der weiter günstigen Entwicklung der Bauerlaubnisse in den Wintermonaten (in 85 Groß- und Mittelstädten ging die Zahl der Bauerlaubnisse für Wohnungen in den Monaten Oktober 1928 bis Januar 1929 um mehr als ein Drittel über die entsprechenden Vorjahreszahlen hinaus) ein beträchtlicher Bestand geplanter, bisher aber noch nicht begonnener Wohnungsneubauten vorhanden ist.

Trotz des späten Beginns der diesjährigen Bausaison würde nach der bisherigen Entwicklung der Bauplanungen im ganzen damit zu rechnen sein, daß die Zahl der im Jahre 1929 fertiggestellten Wohnungen hinter dem Ergebnis von 1928 nicht zurückbleibt. Freilich ist gegenwärtig bei der verhältnismäßig engen Begrenzung der für den Wohnungsbau verfügbaren privaten und öffentlichen Mittel noch nicht klar zu übersehen, wie sich die Finanzierung für die gesamte Bausaison gestalten wird. Immerhin scheint in der ersten Hälfte der Bausaison für den Wohnungsbau eine höhere Beschäftigung als im Vorjahr gewährleistet.

#### Gewerbliche und öffentliche Bautätigkeit

Bei der gewerblichen Bautätigkeit wird zwar bei fortschreitendem Konjunkturrückgang mit einem Rückgang der Bauaufträge gerechnet werden müssen. Bis jetzt ist jedoch, abgesehen von den Auswirkungen der Witterungsverhältnisse, ein solcher Rückgang noch nicht eindeutig festzustellen. Die Zahl der bekanntgewordenen Bauvorhaben von Handel und Industrie hat sich während des Jahres 1928 bis zum November über Vorjahreshöhe bewegt; auch im Januar und Februar 1929 hielt sie sich noch auf beachtlicher Höhe.

Beim Tiefbau neigen Bauvorhaben und Bauaufträge infolge der angespannten Finanzlage der öffentlichen Körperschaften zum Rückgang. Allerdings dürfte der Auftragsbestand bei der Mehrzahl der Tiefbauunternehmen noch befriedigend sein. Im öffent-

lichen Hochbau sind bisher Rückgänge nicht festzustellen.

#### Erschwerte Baufinanzierung

Mit dem Nachlassen des industriellen Tätigkeitsgrads ist an sich mit einer Verminderung der Nachfrage nach langfristigem Kredit aus der industriellen Produktionswirtschaft zu rechnen, so daß die Bedingungen der Baufinanzierung und besonders der Wohnungsbaufinanzierung im laufenden Jahr der Konjunkturlage nach nicht ungünstig anzusehen wären. Man kann annehmen, daß mit dem weiteren Fortschreiten des Konjunkturabwärtens Gelder, die bisher im Produktionsprozeß gebunden waren, zum Erwerb von Pfandbriefen bereitgestellt werden. Infolgedessen hätten die Bodenkreditinstitute die Möglichkeit, sich in verstärktem Maß der Finanzierung des Wohnungsbaus zuzuwenden. Dagegen scheint es zweifelhaft, ob sich die Sparkassen, die eine wichtige Quelle der Wohnungsbaufinanzierung darstellen, im laufenden Jahr im gleichen Umfang wie in den vorausgegangenen Jahren an der Finanzierung des Wohnungsbaus beteiligen können. Denn bei der sehr beträchtlichen Hypothekengewährung der Sparkassen in den letzten Jahren handelte es sich um einen jetzt im großen und ganzen abgeschlossenen Auffüllungsprozeß: Ende 1928 waren im Reichsdurchschnitt bereits 40 Prozent der Spareinlagen langfristig ausgestellt, womit der als Norm festgelegte Satz erreicht wurde.

Mit einem gewissen Zuwachs an Mitteln für die Wohnungsbaufinanzierung des laufenden Jahres ist dagegen durch die privaten Versicherungsunternehmen zu rechnen. Bei der Hauszinssteuer kann man annehmen, daß wieder der Betrag von mindestens 800 Millionen RM. zur Verfügung stehen wird. Dabei ist besonders zu beachten, daß Vorgriffe auf das Hauszinssteueraufkommen nicht mehr in so starkem Maß wie Anfang 1928 und 1927 erfolgt sind. Die Möglichkeit für die Aufnahme von Anleihen der öffentlichen Körperschaften für Wohnungsbauzwecke wird in erster Linie von der Gestaltung des Kapitalmarktes im Inland wie im Ausland abhängen. Ueber die voraussichtliche Höhe dieser Mittel im Jahre 1929 läßt sich noch nichts sagen. Dagegen dürften 1929 größere Beträge an Eigenmitteln der Bauherren zur Verfügung stehen.

Betrachtet man alle diese Momente in ihrer Gesamtheit, so erscheint es trotzdem gegenwärtig als wenig wahrscheinlich, daß sich die Gesamtaufwendungen für den Wohnungsbau im Jahr 1929 gegenüber 1928 werden steigern lassen. Denn man muß auch berücksichtigen, daß zunächst der sehr erhebliche Uebertrag an unvollendeten Wohnbauten aus dem Jahr 1928, der bis jetzt vorwiegend kurzfristig mit Zwischenkrediten finanziert ist, hypothekarisch befreit werden muß.

#### Zugang an Wohnungsbaumitteln\*)

(jährlich, in Mill. RM.)	1924	1925	1926	1927	1928 <sup>1)</sup>
Hypotheken d. Bodenkreditinstitute, Sparkassen und Versicherungsunternehmen . . . . .	83	240	600	1100	1500
Öffentliche Mittel . . . . .	650	1000	1500	1580	1225
Arbeitgeberdarlehen und Eigenmittel der Bauherren . . . . .	380	510	300	425	475
Zusammen	1113	1750	2400	3105	3200

\*) Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu beachten, daß dem Zugang an Vermögenswerten durch Reinvestitionen im Wohnungsbau ein beträchtlicher — bis jetzt freilich zahlenmäßig nicht erfahrener — Abgang durch Abnutzung der bereits bestehenden Wohnungsgebäude sowie durch Abbruch gegenübersteht.  
<sup>1)</sup> Vorläufige Schätzung.

### Kulturelle Eroberung der Zukunft

Ein Studienrat, Sohn eines Mitgliedes unseres Verbandes, schreibt uns:

Daß die Gewerkschaften nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Ziele verfolgen, ist eine Binsenwahrheit. Sie leisten viel kulturelle Kleinarbeit in ihren eigenen Reihen, schicken aber auch manchen erprobten Kämpfer bis in die Spitzen des Volks- und Staatslebens empor, wo alle Arbeit hervorragend kulturelle Bedeutung für die Gesamtheit erlangt. Wir wissen, daß kulturelles Führertum heute kein Privileg einer einzelnen Klasse mehr ist.

Trotzdem bleibt es ebenso wahr und natürlich, daß die meisten Führerstellen in die Hände von Akademikern kommen. Unter gleichwertigen und gleichveranlagten Menschen wird immer der mit der höheren Ausbildung weit im Vorteil sein. Welchen Wert und Sinn hätte diese denn auch sonst?

Nun sehe die Arbeiterschaft sich einmal die Statistiken an, die über Zahl und Herkunft der Schüler an höheren Lehranstalten und Hochschulen veröffentlicht werden. In ersteren stammen aus arbeitenden Kreisen etwa 3 Prozent, an den Hochschulen gar nur 1,2 Prozent. Das ist verschwindend wenig im Verhältnis zur absoluten Zahl.

Das soll und kann anders werden. — Soll? Müßten die besten Kräfte nicht dem eigenen Stande erhalten bleiben, damit sie in ihm die Führung mit starker Hand ergreifen? Will die Arbeiterschaft aus ihren eigenen Reihen das Akademikertum stärken, das sich dem arbeitenden Volke fremd fühlt? — Keine Sorge, hier gilt es Arbeit auf lange Sicht. Ein Volksstaat kann bei Kastengeist und Standesbündel nicht bestehen. Hier hat sich schon vieles zum Guten geändert, und sicher unter tätiger Mitarbeit der Akademiker, die aus arbeitenden Kreisen aufgestiegen sind und ihre Herkunft nicht nur nicht vergessen, sondern unendlich viel aus ihr gelernt haben. Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, Pioniere der Volksgemeinschaft in das Akademikertum hinauf- und hineinzuschicken. Sie sind nicht verloren, sondern werden in höherem Sinne vielfältig für sie wirken. Allerdings sollen es die besten sein, denn noch haben diese einen schweren Kampf zu bestehen, und die Reihe der unmittelbaren Führer darf nicht zu stark geschwächt werden.

Kann? — Ja, kann denn ein Arbeiterkind heute überhaupt die höhere Schule und gar die Universität besuchen? Ist das nicht nur den Söhnen der zahlungskräftigen Geldleute möglich? Ist die höhere Schule nicht noch immer ein Privileg des Geldbeutels? — Gewiß liegt hier noch vieles im argen, sind wir vom Idealzustand noch weit entfernt. Die Gleichberechtigung, der offene Zugang zu den Bildungsgütern, die freie Bahn des Tüchtigen steht vielfach nur erst auf dem Papier und harret noch mancher Arbeit. Aber sehr viel ist doch tatsächlich schon geschehen, gegen früher haben die Zustände sich wesentlich verbessert.

Zunächst der Besuch der höheren Schule, die Grundlage der gehobenen Bildung. Im schulpflichtigen Alter wird man die Kosten kaum höher veranschlagen können als beim Besuch der Volksschule. Bei Bedürftigkeit wird Freischule gewährt, fast alle Anstalten verfügen über einen ausreichenden Bestand an Vermitteln, die kostenlos abgegeben werden. Einer beschränkten Anzahl von Schülern kann sogar bereits im schulpflichtigen Alter bei Bedürftigkeit — wenigstens in Berlin — eine Erziehungsbeihilfe gewährt werden. Für Wanderungen und gar zu Ferientreffen werden jährlich sehr namhafte Beiträge geleistet. — Die Hauptkosten sind negativer Art, bestehen im Verdienstausfall nach der schulpflichtigen Zeit. Aber wenn man bedenkt, daß ein Lehrling auch nur Pfennige nach Hause bringt und eine Erziehungsbeihilfe im Durchschnitt 25 Mark im Monat beträgt, wozu der ältere Schüler sich durch ein paar Stunden etwas bei Nachhilfe zuverdienen kann, dann ist der Unterschied nicht allzu beträchtlich. Mit 19 Jahren ist normalerweise das Abiturium, der Abschluß der höheren Vollanstalt, erreicht.

Dann beginnt das Hochschulstudium. Stipendien fließen hier zwar kärglich, und es soll durchaus nicht verschwiegen werden, daß nun für Studenten und wohl auch für die Eltern eine lastenreichere Zeit beginnt. Aber zu meistern ist auch hier das Geschick. Die Hauptverantwortlichkeit trägt nun der junge Student selber, der seinen Lebensunterhalt möglichst selbst zu bestreiten suchen soll. Das ist eine gute Schule für das Leben, wenn auch manchmal etwas bitter. Aber neben den Stipendien gibt es Freitische, Vergünstigungen aller Art für Bildungsmöglichkeiten. Ein paar Unterrichtsstunden täglich kann er erübrigen oder auch sich im Leben draußen einen kleinen Nebenverdienst suchen. Zuhause wird etwas auch schon noch abfallen können. Jedenfalls, der Tüchtige, der mit heißer Liebe sein Ziel erstrebt, kommt durch. Ich kenne sehr zahlreiche solcher Fälle, und ich selber stamme auch aus einer mit sieben Kindern gesegneten Familie. Das erreichte Ziel entschädigt dann alle Mühen.

Das Ergebnis: Die vielfach vorhandene gefühlsmäßige Abneigung gegen Studieren und Studierenlassen muß verschwinden. Die wirklich Tüchtigen, die gewillt sind, auch Entbehrungen auf sich zu nehmen, und die opferwillige Eltern hinter sich haben, sollen ruhig den Schritt wagen. Ist die Volksgemeinschaft einmal vollkommen da, dann soll nur noch Eignung über den Zutritt zu der aber in jedem Fall recht mühsamen Hochschulbildung entscheiden. Sicher kann auch gegenwärtig schon der Prozentsatz der Studierenden aus arbeitenden Kreisen wesentlich vergrößert werden.

## Katastrophenpolitik

### Im Winter gar keine Arbeitslosenunterstützung für die Bauarbeiter?

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag gestellt:

„Die Reichsregierung zu ersuchen,

1. ein Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorzulegen, durch das die zahlreichen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung beseitigt werden. In diesem Gesetz sind folgende Fragen zu regeln:

Ausschluß der Unterstützung während der Dauer der berufsblichen Arbeitslosigkeit; anderweitige Regelung der Arbeitslosenfürsorge für die in der Heimarbeit beschäftigten Personen; Herstellung eines Verhältnisses zwischen Beiträgen und Leistungen derart, daß die Leistungen nach Höhe und Dauer von der Zahl und der Höhe der geleisteten Beiträge abhängig gemacht werden und eine längere Zeit während der Nichtanspruchnahme der Unterstützung in einer Entlastung des Arbeitnehmers und Arbeitgebers sich äußert.

2. zu prüfen,

ob der Tatbestand des Versicherungsfalles nicht zweckmäßiger umschrieben werden kann und ob entsprechend der bei Annahme des Gesetzes beschlossenen Entschließung Erbschaften für die Angestellten zugelassen werden können, und eine besondere Einrichtung für die Landwirtschaft und unter Umständen auch für andere Berufsgruppen zu schaffen ist.

Also nur um „Mißstände zu beseitigen“, wird hier eine so tiefgreifende Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beantragt. Eine objektive Feststellung über Art und Umfang dieser Mißstände dürfte ergeben, daß die Deutsche Volkspartei mit Kanonen nach Spazern schießt. Aber lassen wir uns durch Vorwände nicht täuschen. Hinter dem Antrage der Deutschen Volkspartei steckt in Wirklichkeit gar nichts anderes als der Wille, die Arbeitslosenversicherung in einem ganz starken Maße abzubauen.

Es wird übrigens jetzt von mehr Leuten in „Reform“ der Arbeitslosenversicherung gemacht. Alle bisher laut gewordenen Stimmen sind sich mit der Deutschen Volkspartei darin einig, daß die Saisonarbeiter, also vor allem die Bauarbeiter, während der Dauer der sogenannten berufsblichen Arbeitslosigkeit vom Bezuge der Unterstützung ausgeschlossen sein müssen. Die Erfahrung im letzten Winter machte eine solche Maßnahme unvermeidlich.

Es kann und soll nicht bestritten werden, daß sich die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung infolge der ungewöhnlich starken Beanspruchung im letzten Winter in einer schwierigen, ja, bedrängten Lage befindet. Eine direkt katastrophale Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter und der sonstigen Angewandten fiel mit einer Zunahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit infolge des konjunkturniedriganges zusammen und steigerte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger bis auf über 2,4 Millionen. Auch jetzt, wo wir doch bereits fast haben April haben, bröckelt die Massenarbeitslosigkeit erst langsam ab. Dennoch kann nicht eindrucklich

genug vor „Reform“vorschlägen wie den obigen gewarnt und zu einer ruhigen Beurteilung der Lage geraten werden.

Bei einem auch nur halbwegs normalen Verlauf der Witterungs- und der Konjunkturverhältnisse, so wie er auf Grund der allgemeinen menschlichen Erfahrung angenommen werden mußte und im Aufbau der Arbeitslosenversicherung tatsächlich auch berücksichtigt ist, wäre die Arbeitslosenversicherung im letzten Winter durchaus lebensfähig geblieben und wird sie auch künftig lebensfähig sein.

Damit ist indirekt schon gesagt, warum alle die genannten „Reformvorschläge“ in die Irre gehen. Der letzte Winter kann gar nicht als eine normale Naturerscheinung gewertet werden. Es ist vielmehr einer Naturkatastrophe gleichzuachten, ähnlich einem verheerenden Hochwasser oder einem Verderben der Ernte in ganzen Landstrichen, nur noch viel seltener als diese. Würde in unseren Breitenstrichen in den letzten tausend Jahren überhaupt schon ein zweiter Winter von der Strenge und der Dauer des letzten erlebt? Die Geschichte weiß nichts darüber zu berichten. Deshalb kann auch dieser eine letzte Winter nicht zur Grundlage für eine Dauerregelung in der Arbeitslosenversicherung gemacht werden. Wer dennoch solches unternimmt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er Katastrophenpolitik im schlimmsten Sinne des Wortes treibt. Eine vernünftige, auf Erhaltung und nicht auf Zerstörung der Arbeitslosenversicherung hinausgehende Ueberlegung kann immer nur zu dem Schluß führen, daß der durch den letzten katastrophalen Winter herbeigeführten außergewöhnlichen Lage auch mit außer gewöhnlichen Mitteln abgeholfen werden muß. Wie bei anderen Naturkatastrophen, so muß auch hier das Reich helfen. Wir unsererseits halten es für durchaus gerechtfertigt und geboten, daß die der Arbeitslosenversicherung im letzten Winter aus der Reichskasse gewährten Darlehen ganz oder teilweise niedergeschlagen werden.

Daß es auch aus anderen Gründen nicht angeht, die Saisonarbeiter während der Dauer der sogenannten berufsblichen Arbeitslosigkeit ganz vom Unterstützungsbezug auszuschließen, wurde hier im vorigen Jahr oft genug betont. Zunächst muß immer wieder hervorgehoben werden, daß die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter im Winter keineswegs nur durch die Saisonverhältnisse, hier die Witterungseinflüsse, sondern in erheblichem Umfange auch konjunkturell bestimmt ist. In den meisten Jahren nach dem Kriege hatten wir ausgesprochen milde Winter, die in weitem Maße die Bauarbeit zugelassen hätten, dennoch aber fast regelmäßig eine Winterarbeitslosigkeit der Bauarbeiter von 31, 40, 50 und noch mehr Prozent, und zwar häufig bis weit ins Frühjahr hinein und meist lange vor der eigentlichen Frostperiode beginnend. Diese ganz offenkundig konjunkturell, das heißt durch Arbeitsmangel beeinflusste Arbeitslosigkeit kann aber unmöglich ganz vom Unterstützungsbezug ausgeschlossen werden. Auch sind die Löhne der Bauarbeiter, geschweige denn der sonstigen Saisonarbeiter, nicht so hoch, daß sie Rücklagen ermöglichen, um damit eine Familie während einer wochen- oder vielleicht sogar monatelangen Arbeitslosigkeit über Wasser zu halten. Dafür sind schon die Stundenlöhne zu niedrig. Es kommt hinzu, daß der Bauarbeiter auch außerhalb der kalten Jahreszeit häufig eine längere Arbeitslosigkeit durchzumachen hat und ihm selbst bei guter Beschäftigung Gelegenheit allerlei kleinere Arbeitsausfälle entstehen, die insgesamt recht erheblich ins Gewicht fallen und sein Jahresarbeitsverdienst weiter herabdrücken. Jedenfalls halten wir es für völlig unbrauchbar, diese Menschen mit ihren Familien bei winterlicher Arbeitslosigkeit ohne jede Unterstützung zu lassen. Die öffentliche Wohlfahrtspflege müßte dann notgedrungen eingreifen. Es würde also durch den Ausschluß der Saisonarbeiter vom Unterstützungsbezug während des Winters nicht eine „Lasten“erparnis, nur eine „Lasten“verschiebung bewirkt.

Zu den übrigen Vorschlägen dürften sich die betreffenden Arbeitergruppen bzw. die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften bald äußern. Unser grundsätzlicher Standpunkt geht dahin, daß die Arbeitslosenversicherung auf der Gesamtwirtschaft aufgebaut bleiben muß. Jede Abstützung des Risikos nach einzelnen Wirtschaftszweigen muß notwendig zur Zerstörung der Arbeitslosenversicherung führen. Gott sei Dank besteht wenig Aussicht, daß die Vorschläge der Deutschen Volkspartei im ganzen im Reichstag eine Mehrheit finden. Bezüglich der Behandlung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung aber ist äußerster Nachdruck und ein entschiedener Abwehrwille geboten.

## Allgemeine Rundschau

### Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters

Wir lesen im „Evang. Deutschland“ (12/1929):  
Die Tatsache, daß die Stundenlöhne, die den deutschen Arbeitern heute gezahlt werden, vielfach nicht unwesentlich höher als die Friedenslöhne sind, hat den Rückschluß veranlaßt, daß die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters heute im allgemeinen besser sei als in der Vorkriegszeit. Es trifft allerdings zu, daß die Stundenlöhne in den hauptsächlichsten Arbeitergruppen auch bei Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten noch um einige Prozent höher sind als die entsprechenden Friedenslöhne. Es ist aber zu berücksichtigen, daß für die Ermittlung des Reallohns die Wochenlöhne zugrunde zu legen sind und daß heute eine ungleich größere Arbeitslosigkeit als jemals in der Vorkriegszeit herrscht. Sehr instruktiv ist ein Vergleich der Ermittlungen des Internationalen Arbeitsamtes über die Reallohne in den Hauptstädten der Welt. Wenn man den Lohn in London gleich 100 setzt, ergibt sich für Berlin 68, für Stockholm 87, für Amsterdam 85. Die auf Grund rein äußerlicher Zahlenvergleiche gemachten Feststellungen über höhere Reallohne als im Frieden sind also mit größter Vorsicht und Zurückhaltung aufzunehmen.“

### „Stegerwald hatte so unrecht nicht“

Die „Märkische Volkszeitung“, Berlin, brachte folgende Zuschrift aus Beamtenkreisen: „Noch in frischer Erinnerung ist der Kampf der meisten Beamtenverbände gegen Stegerwald gelegentlich der letzten Beamtenbesoldungsreform. Stegerwald vertrat bekanntlich die Meinung, der Entwurf des Besoldungsgesetzes sei „mangelhaft vorbereitet und unbegründet an den Reichstag gelangt“. Er wünschte ferner gleichzeitig mit der Besoldungsreform eine Verwaltungsreform und wandte sich schließlich gegen das „Ausmaß“ der Beamtenbesoldung. Darob entstand große Verwirrung in der Beamtenenschaft, die sich teilweise bis zur heftigsten persönlichen Bekämpfung steigerte. Bei den Reichstagswahlen, bei den verschiedenen Beamtenauswahlgängen, insbesondere bei der Reichsbahn wirkte der Name Stegerwald in der Beamtenenschaft wie ein rotes Tuch, weil politische und gewerkschaftliche Demagogen es mit Geschick verstanden hatten, Stegerwald als einen „Feind des Berufsbeamtentums“ hinzustellen, um damit unter der Beamtenenschaft politische und gewerkschaftliche Geschäfte zu machen. Daß hierbei die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften den Vogel abgeschossen haben, ist bei der von dieser Seite gewöhnten Demagogie nicht weiter verwunderlich. Inzwischen ist es ruhiger geworden. Merkwürdig ruhig sogar. Die große Deere im Staatsfächer, die Stegerwald 1927 ankündigte, die Ankündigung der neuen Steuern, insbesondere aber die Tatsache, daß Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften — zur politischen Macht gelangt — nun auch den Beamtenkaffee mit Wasser füllen müssen, hat viele Beamte und Beamtenführer merklich ernüchtert. Man denkt in der Beamtenenschaft heute schon wesentlich anders über die Vorgänge 1927-28 und im geheimen gibt man bereits ruhig zu: Stegerwald hatte so unrecht nicht! Das geht auch aus zahlreichen vorliegenden Berichten und Zeitungsartikeln hervor.“

### Christlich-nationale Arbeiterbewegung im deutschen Osten

Die christliche Gewerkschaftsbewegung konnte in den letzten Jahren in den evangelischen Landesteilen Mittel- und Ostdeutschlands gute Fortschritte verzeichnen. Durch die Entwicklung in der Nachkriegszeit wurden im evangelischen Volksteil starke soziale Kräfte geweckt und vor allem in der Arbeiterschaft der Wille, die Zustände im Volk- und Wirtschaftsleben in christlichem Geiste zu erneuern, gestärkt. Ein erfreuliches Bild dieser Kräfte bot die Ostdeutsche Tagung Evangelischer Berufsarbeiter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die Mitte März in der Evangelisch-Sozialen Schule in Spandau stattfand. Ueber 80 Sekretäre der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen und der evangelischen Arbeitervereine aus Mittel- und Ostdeutschland tauschten auf dieser dreitägigen Arbeitstagung ihre Gedanken und Erfahrungen aus. Mit erster Sorge wurde insbesondere die volkliche und wirtschaftliche Not des deutschen Ostens besprochen. In dieser Zeit, die man als Uebergang zu einer geistigen und wirtschaftlichen Neuordnung ansehen kann, hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine besondere Sendung. Das wurde auf dieser Tagung klar herausgestellt und der Wille zu entsprechender Arbeit neu belebt und gestärkt.

Recht deutlich wurden auch die Freunde und Gegner der evangelischen Arbeitnehmer herausgestellt. Freunde sind die christlichen Menschen mit gutem Willen und sozialem Empfinden aus allen Volksschichten, vor allem aber die Arbeitsbrüder katholischer Konfession. Die Versuche, in dieser Zeit verstärkt konfessionelle Zerrissenheit in die christliche Arbeiterbewegung hineinzutragen, wurde mit dem rechten Namen bezeichnet. Sie entspringen der Unkenntnis oder dem mangelnden Willen zu positiver Mitarbeit bei der Neuordnung des sozialen Lebens. Mit der gleichen errenlichen Deutlichkeit setzte man sich aber auch mit dem Gegner auseinander. Stärker als durch den Terror der Sozialdemokratie wird die bewußt evangelische Arbeiterschaft gehemmt durch jene unsozialen und einer wirklichen christlichen Volkskultur abgeneigten Kreise, die in der Öffentlichkeit sich als Vertreter christlich-nationaler Volkssintereisen aufspielen. An ihre Adresse war eine Entschließung gerichtet, die nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten

Hülser einstimmig angenommen wurde. In ihr heißt es u. a.:

„Das Gefühl parteipolitischer Heimatlosigkeit erfüllt unsere Kreise in einem Ausmaße, das keine weitere Steigerung mehr erträgt. Noch einmal erheben wir gegenüber den verantwortlichen Führern der Rechtsparteien und der nationalen Bewegung unsere warnende Stimme. Noch einmal bieten wir unseren guten Willen zur Mitarbeit am Ringen um eine christliche, nationale und soziale Erneuerung unseres Volkes und Vaterlandes selbstlos und opferbereit an. Das in unseren Kreisen erschütterte Vertrauen in den guten Willen der Führung kann aber nur durch Taten, nicht mehr durch Worte und Versprechungen wiederhergestellt werden.“

In der Entschliebung wird dann die Gründung der neuen Christlich-Sozialen Reichsvereinigung begrüßt und dabei betont, daß auch die Rücksicht auf überlieferte Freundschaften nicht davon abhalten dürfe, unter Umständen eigene Wege zu gehen, um eine soziale Neuordnung in christlichem Geiste durchzusetzen.

Die Entschliebung und der ganze Verlauf der Tagung zeigen, daß die vorwärtsdrängenden Kräfte in der evangelischen Arbeiterschaft sich von dem als richtig erkannten Wege nicht mehr ablenken lassen. Diese Entwicklung verdient die Beachtung und Unterstützung aller Kreise, die noch an eine Zukunft des deutschen Volkes und eine Erneuerung seiner Kultur glauben.

Die Entwicklung der Deutschen Volksbank A.-G.

Der Geschäftsbericht der Deutschen Volksbank A.-G. für das Jahr 1928 läßt wiederum die erfreuliche Entwicklung dieses Unternehmens der christlichen Gewerkschaften erkennen. Die Umsätze betragen:

Table with 3 columns: Description, 1927 RM., 1928 RM. Rows include: im laufenden Konto-Korrent-Verkehr, im laufenden Bank-Konto-Korrent-Verkehr, im Kassenverkehr, im Reichsbank und Postcheck-Verkehr, im Wechsel- und Scheckverkehr.

Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches betrug 536 901 864 RM.

Die Entwicklung des Sparverkehrs zeigt folgende Tabelle:

Table with 2 columns: Description, 1928 RM. Rows include: Einlagebestand Ende 1926, Einlagebestand Ende 1927, Zugang im Jahre 1928, Einlagebestand Ende 1928.

Die in laufender Rechnung und Scheckrechnung vorhandenen Einlagen erhöhen sich auf 7 620 317 RM. Der Reingewinn im Jahre 1928 beträgt 154 437,43 RM. Davon wurden 5 Prozent Dividende verteilt und der Rest für Rückstellungen verwandt.

Das neue Geschäftsjahr zeigt in den ersten Monaten eine weitere gleichmäßig gute Aufwärtsentwicklung. Die Aufwärtsentwicklung nach besten Kräften zu fördern, muß dringende Aufgabe aller Organisationsgliederungen der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung sein.

Schwerstverdiener

Wenn irgendwer blendend verdient in dieser Zeit, dann sind es die Geldleute. Bei den Banken regnet es geradezu Gewinne. So verdienen nach den Angaben der eben veröffentlichten Jahresabschlüsse im 1928 die Deutsche Bank 25,8 Millionen RM., die Danat Bank 16,7 Millionen RM., die Disconto-Gesellschaft 15,4 Millionen RM. und die Dresdner Bank 13,4 Millionen RM. Das aber sind nur die Gewinne, die gar nicht zu verschleiern waren. Die tatsächlichen Gewinne sollen doppelt so hoch sein, wie Leute unwiderprochen versichern, die etwas davon wissen müssen. Die offenen Reserven betragen beispielsweise bei der Deutschen Bank 90 Millionen RM. bei einem Aktienkapital von 150 Millionen RM. Wie hoch da die „stillen“ Reserven, von denen niemand etwas erfährt, sein werden, kann sich jeder selbst nachrechnen, wenn man weiß, daß bei der Deutschen Bank u. a. der gesamte Besitz an Wfa-Aktien, die heute einen Kurswert von etwa 20 Millionen RM. haben, mit 1 RM. zu Buche steht.

Wo die Gewinne herkommen? Das Volk soll sparen und spart Gott sei Dank wieder in erhöhtem Maße. Das ist erfreulich. Weniger erfreulich dagegen ist die Tatsache, daß die Banken hier den Rahm abschöpfen und zwischen Kredit- und Debitzinsen Spannen legen, die unerträglich sind. Für Guthaben gibt die Bank durchweg 5 Prozent Zinsen, nimmt aber für Kredite 13 Prozent, das sind 8 Prozent Verdienst. Wenn auch die offiziell geforderten Zinsen nur mit 8 oder 9 Prozent angegeben sind, so verstehen es die Banken durch geschickte Unkostenberechnung, Provisionen usw. die Höhe von 13 Prozent zu halten.

Eine solche Zinspolitik muß auf die Dauer das ganze Wirtschaftsleben zerrütten. Die Arbeitnehmer haben am schwersten darunter zu leiden. Um so zynischer aber muß es bei dem Millionenverdienst der Banken wirken, wenn der Geschäftsbericht der Deutschen Bank den Arbeitnehmern die paar Pfennige Lohnsteigerung, die in keinem Verhältnis zur Preissteigerung stehen, als „ansehnliche Einkommenssteigerung“ anrechnet, die durch politische Macht und eine Praxis des Schlichtungsverfahrens, die sozialpolitischen Erwägungen mehr Raum gibt als wirtschaftlichen, herbeigeführt sei“ und die zum Ruin der deutschen Wirtschaft führe.

Für eine solche unerhörte Taktik, die die eigene Schuld auf die Kreuze abwälzt, die darunter am stärk-

Am 13. April 1929 ist der fünfzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1929 fällig.

sten zu leiden haben, gibt es keinen Ausdruck. Aber es wird die höchste Zeit, daß die Arbeitnehmer erkennen, wo der nagende Wurm sitzt, der ihr Lebensniveau niedrig hält. Wenn die Banken sich lediglich von privategoistischem Gewinntrieb leiten lassen und nicht volkswirtschaftlich denken wollen, so muß man sie dazu zwingen mit allen Mitteln. Den verantwortlichen Staatsmännern ist immer wieder einzuschärfen: Die unmöglichen Zinsspannen der Banken sind das Krebsübel. Darum sorgt dafür, daß sie ganz wesentlich herabgesetzt werden. Greift ihr hier energisch durch, dann kann niemand mehr von einer Republik der Geldaristokratie sprechen.

Kommunale Verschwendungssucht

Wenn private Theaterunternehmer ohne öffentliche Zuschüsse ihren Prominenten Phantasiestücken zahlen, ist das ihre Sache. Handelt es sich aber um Zuschußbetriebe oder aber um Betriebe, die vollends von Staat oder Kommunen unterhalten werden, wird das ureigene Sache der Steuerzahler. So hat jetzt der Dirigent der Berliner Städtischen Oper, Bruno Walter, seine Stellung niedergelegt. Um ihn zu halten, bewilligte ihm der Aufsichtsrat eine feste Jahresgage von 100 000 (Einhunderttausend) RM., fünf Monate jährlichen Urlaub und Einverständnis mit einem 20 bis 30maligen Gastdirigieren an der Staatsoper, wofür er noch ein besonderes Honorar von 40 000 bis 50 000 RM. erhalten sollte. Trotdem ging Walter.

Niemand hat etwas dagegen, wenn tüchtige Leute entsprechend hoch bezahlt werden. Das aber ist unerhört, wenn die Stadt Berlin bei dem heutigen anormalen Wohnungs- und Erwerbslosenelend einem einzigen Prominenten für sieben Monate 150 000 RM., also ein Monatsgehalt von 21 000 RM. zahlt, während Hunderttausende, die nichts zum Leben haben, wegen „Mangel an Mitteln“ abgewiesen werden und zahllose Familien in Wohnbaracken und Lauben vegetieren müssen, die mit einer menschlichen Behausung auch nicht die entfernteste Ähnlichkeit haben. Über dieses Beispiel kommunaler Geldwirtschafft ist nur ein neuer Beweis dafür, wie sehr es in unserer heutigen Zeit an sozialem Takt fehlt.

Polnische Gewerkschaften in Deutschland

Die polnischen Arbeiter in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien, soweit sie überhaupt das Bedürfnis haben, sich national zusammenzuschließen, haben eine gewerkschaftsähnliche Formation in der sogenannten Polnischen Berufsvereinigung. Sie wurde vor 25 Jahren im westlichen Industriegebiet geschaffen und zählte zur Zeit ihrer größten Blüte (1919) 60 000 Mitglieder gegen 40 000 im Jahre vor dem Kriege. Eine Massenrückkehr nach Polen sowie Abwanderungen in die nordfranzösischen und belgischen Reviere drachten ab 1920 starke Rückgänge. Organisatorisch kam das in der Verschmelzung der seit 1909 bestehenden Sonderabteilungen (Bergarbeiter- und Metallarbeiterverband) im Vorjahre zum Ausdruck. Trotz dieser Verbindung und Verschmelzung übersteigt heute die Mitgliederzahl der P. B. V., die, wie gesagt, auch in Oberschlesien tätig ist, nicht 3000!

Wie wir dem „Kurjer Poznanski“ (Nr. 548) entnehmen, wird demgegenüber die Zahl der im Bergwesen tätigen Personen auf insgesamt 12 000, in der Metallindustrie auf 8000 veranschlagt. Von den fast sechs Siebentel nicht national organisierten Polen soll, dem genannten Blatt folgend, ein Teil deutschen Organisationen angehören. Andere sollen bei der „Entnationalisierung“ erliegen — die zweifellos, z. B. in Frankreich, mit Siebenmeilenstiefeln markiert —, während dem Rest „die Zugehörigkeit zur polnischen Vereinigung gleichgültig ist“.

Die Polnische Berufsvereinigung teilt nach dieser Darstellung das Schicksal aller anderen polnischen Organisationen in Deutschland, d. h., die Polen selbst wollen nichts davon wissen, da es sich bei uns sehr gut auch ohne jene Vereinigungen leben läßt! Das wieder einmal, wenn auch ungewollt, ausgesprochen zu haben, ist das Verdienst der angezogenen polnischen Zeitungsnotiz.

Die deutsche Sozialpolitik im Spiegel der Statistik

Daß Deutschland seit der Aera des den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Reichsarbeitsministers Dr. Brauns auf sozialpolitischem Gebiet in der Welt führend ist, kann niemand bestreiten. Wer aber schaut den vielfach verästelten Zusammenhängen klar auf den Grund? Die meisten betrachten die in ihren Gesichtskreis fallenden Fakta, ohne die großen Zusammenhänge zu erkennen. Das ist bei der geradezu überwältigenden Bedeutung, welche der aktiven Sozialpolitik, besonders im verarmten, wirtschaftlich geschwächten Deutschland der Nachkriegszeit zukommt, doppelt bedauerlich. Zum großen Teil erklärt es sich daraus, daß wir die sozialpolitischen Tatsachen nur verzerrt erfahren. Vielfach waren die sozialpolitischen Bestimmungen auch unter ganz bestimmten politischen Gesichtspunkten betrachtet. Das mußte natürlich die Wirkung und Größe der Sozialpolitik schwächen, ihre verbende Kraft hemmen, ihre Reizomanz schwächen. Eine systematische Zusammenfassung, welche über das ideale Moment hinausging und in statistischer Form alles Wissenswerte umfaßte, fehlte jedenfalls.

Dr. Kämper: Die deutsche Sozialpolitik im Spiegel der Statistik. Berlin-Verlag v. G. Schöner, 1928. (226 S.). R. 14.-

Deshalb ist es zu begrüßen, daß im Volksvereinsverlag eine solche umfassende Zusammenstellung herausgebracht wurde. Die tiefe Sachkenntnis und der weite Blick des Verfassers bürgt für die qualitativvolle Arbeit. Gewiß, für manchen Leser mag das Werk mit seiner Fülle von Zahlen, Tabellen, Kurven langweilig sein. Aber selbst solche Leser sollten das Werk trotz dieser Schwierigkeiten lesen. Sie werden sicherlich großen Nutzen daraus ziehen. Jene zweite Leserguppe, die nur mit ihrem Verstande an soziale Probleme herangeht, wird zweifellos an der Eindringlichkeit des Materials und den knappen aber treffenden, lebensnahen Verbindungstexten sich erwärmen. Den vollen Genuß werden aber erst jene haben, welche die nüchternen Zahlen mit Leben zu füllen wissen und hinter den trockenen Tabellen mit warmem Herzen die furchtbaren Nöte der Gegenwart und die tragische Größe des herrschenden Massenelends sehen.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Hamm i. Westf. Am Sonntag, dem 17. März, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die schon für den 17. Februar angesetzt war, aber infolge der anhaltenden sibirischen Kälte wieder abgesetzt werden mußte, weil man es den Delegierten nicht zumuten konnte, bei solchem Wetter stundenlange Wege zur Versammlung zu machen. Zu der Konferenz hatte auch der Bezirksleiter, Kollege Koch, sein Erscheinen zugesagt, mußte aber, da er durch die zentralen Verhandlungen in Berlin festgehalten wurde, entschuldigt werden. Einleitend erstattete Kollege Schaffer (Hamm) den Geschäfts- und Kassenbericht. Das Jahr 1928 war wie das Jahr 1927 ein verhältnismäßig gutes Baujahr. Zum Teil wurden die Bauten schon früh begonnen, so daß der größte Teil unserer Kollegen das ganze Jahr hindurch bis zum Eintritt des Frostes Beschäftigung fand. Der Versammlungsbesuch war im Berichtsjahr in einigen Ortsgruppen, vor allem in Werne an der Spitze, ein sehr reger, in anderen Ortsgruppen ließ er zu wünschen übrig. Neu aufgenommen wurden 1928 294 Kollegen. Jedoch geht immer ein großer Prozentsatz davon wieder verloren, weil die Fluktuation innerhalb unseres Verbandes (besonders im Industriegebiet des Westens) noch zu groß ist. Mehr wie bisher müssen darum alle Bauarbeiter ihr ganzes Bestreben darauf richten, durch intensive Aufklärung auf den Arbeitsplätzen dafür zu sorgen, daß die einmal gewonnenen Kollegen auch dem Verbands erhalten bleiben. Großen Wert haben wir auch bei der Agitation auf die Gewinnung der Jugend gelegt. Sie zu tüchtigen Gewerkschaftlern, vor allen Dingen aber auch zu tüchtigen Qualitätsarbeitern heranzubilden, soll im kommenden Jahr unsere vornehmste Aufgabe sein. Im Geschäftsjahr 1928 hatten wir eine Durchschnittsmitgliederzahl von 703. Die Gesamteinnahme betrug 3638,25 RM. Durch die Kürzung des Vorkassentragendes von 10 auf 5 Pf., die am 1. Oktober erfolgen mußte, weil die „Genossen“ damals ihre Beiträge nicht erhöhten, ferner aber auch durch die Kürzung des Anteiles der Vorkasserverwaltung an dem Markenwert und zuletzt auch durch die erhöhten Ausgaben für Porto usw. ist eine Minderung des Vorkassentragendes unvermeidlich gewesen. Einen immer größer werdenden Umfang nimmt die Rechtshilfszuchtigkeit im Verbands ein. In 12 Schlichtungskommissionssitzungen, 21 Arbeitsgerichtsterminen, andererseits durch Rücksprache mit den Unternehmern wurde den Kollegen ein Betrag von 2782,45 RM. erstirrt. Teilgenommen hat der Lokalbeamte an 147 Versammlungen, 4 Verwaltungsjerkonferenzen, 2 außerordentlichen Vertrauensmänner- und Baudelegiertenkonferenzen, 12 Bezirkskonferenzen, 33 sonstigen Sitzungen und Besprechungen, 12 Schlichtungskommissionssitzungen, 21 Arbeitsgerichtsterminen, 5 Sitzungen des Ausschusses des Arbeitsamtes, und fünfmal war er tätig als Arbeitsrichter. An Schriftstücken sind herausgegangen: 997 Briefe, 472 Karten, (68 Rächchen, 65 Einzählungen), 2853 Druckfachen.

Die Vorstandswahl ergab zum größten Teil die Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden. An Stelle des Kollegen Stolz wurde der Kollege Artmann gewählt. — Statt des Kollegen Koch gab jedoch der Kollege Schaffer einen kurzen Bericht über die Reichstagsvertragsverhandlungen. Er bemerkte gleich, daß am kommenden Sonntag eine große Vertrauensmännerkonferenz, jedenfalls für die Bezirke Köln und Bochum zusammen, stattfinden würde, und daß erst dort ein ausführlicher Bericht von den Bezirksleitern gegeben werden könne. So weit es möglich war, erläuterte er die Punkte, über die schon eine Einigung erzielt war, und betonte, daß die Aussicht vorhanden sei, recht bald zum Abschluß des Vertrages auf friedlichem Wege zu kommen. Beide Parteien, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, hätten nach dem langanhaltenden Winter schließlich ein großes Interesse daran, daß die Verhandlungen zu einer Einigung führten. — Zur Frühjahrsagitation übergehend, erwähnte Kollege Schaffer nochmals alle, nach besten Kräften mitzuarbeiten, um die noch fernstehenden für uns zu gewinnen. In diesem Jahre, so führte er aus, sind wir ganz besonders dazu verpflichtet, um die Lücke, die uns die Erwerbslosenunterstützung infolge des langanhaltenden Winters in unserer Verbandskasse geschlagen hat, wenigstens einigermaßen wieder auszugleichen. Der Verband hat in diesem Winter allen Mitgliedern gegenüber seine Pflicht getan, indem er allen, jeinem sie Unrecht darauf hatten, die statutarische Erwerbslosenunterstützung gezahlt hat. Hat derselbe seinen Mitgliedern gegenüber seine Pflicht erfüllt, so ist es wohl nicht mehr als recht und billig, daß auch diese ihm gegenüber in derselben Weise ihre Pflicht erfüllen, und

war durch treue und prompte Beitragszahlung, wie auch durch eine emsige und eifrige Agitation. — Alle Delegierte stimmten dem voll und ganz zu und versprachen, das Gehörte in ihren Ortsgruppen sowohl wie auch auf den Arbeitsplätzen in die Tat umzusetzen. Möge deshalb das Jahr 1929 ein Jahr weiteren Blühens und Gedeihens sowohl für unsere Verwaltungsstelle wie auch für unseren ganzen Verband sein.

**Verwaltungsstelle Heiligenstadt (Cassfeld).** Am 17. März fand im katholischen Gesellenhaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. Erschienen waren Kollegen aus den Ortsgruppen Heiligenstadt, Westhausen, Günterode, Siemerode und Uder. Der Vorsitzende Leo Göbel eröffnete um 1/2 12 Uhr die Versammlung und hieß die Kollegen herzlich willkommen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassenbericht, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Berichtsbüchlein. Nach der Verlesung des Kassenberichtes wurde die Wahl vorgenommen. Gewählt wurden hierbei als erster Vorsitzender Leo Göbel, als Hauptkassierer Andr. Kaiser, als Schriftführer A. Maas, Heiligenstadt, als Kassierrevisoren Joseph Wedekind, Günterode und Joh. Klingebiel, Siemerode, als Beisitzer Andr. Zahn, Westhausen, Gustav Rheinländer, Günterode, und Linebod aus Uder.

**Cassfeld.** Die Ortsgruppe hielt am Sonnabend, 23. März, beim Kollegen Fuchs im Buchtal ihre diesjährige Generalversammlung ab. Vorsitzender Luz eröffnete dieselbe mit einigen Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen Mitglieder. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht zeugte von einer sehr regen Arbeit und eifriger Agitationstätigkeit. Erwähnenswert ist auch die Durchführung unseres Verbandsfilms „Die Leute vom Bau“ durch Bezirksleiter Schäfers (Münster). Kassierer Mayer erstattete den Kassenbericht, welcher mit einem kleinen Aktivposten abschließt. Die Vorstandswahl ergab keine wesentlichen Veränderungen. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Michael Luz, 2. Vorsitzender Ferdinand Dangler, Kassierer Joseph Mayer, Schriftführer Johann Fröhlich, Revisoren: Standikus, Gerstbrein und Franz Hau. Hierauf referierte Krankentaxen- und Kartellvorstand Kollege Georg Fröhlich über Unfall- und Arbeitslosenversicherung. Der Redner schilderte in kurzen Darlegungen, daß die Gewerkschaftsbewegung sich nicht allein mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt, sondern auch mit der Regelung sozialpolitischer Fragen. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die Wahlen für die Vertretungen in den Arbeits- und Versicherungsämtern. Er ersuchte die Anwesenden, an dem Sonntag bei Dietrich stattfindenden Generalversammlung des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften teilzunehmen. Nachdem noch verschiedene örtliche und Verbandsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung an die Mitglieder, auch im neuen Verbandsjahre an der weiteren Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten. Johann Fröhlich.

**Ortsgruppe Herde.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am Sonnabend, dem 23. März, statt. Der Besuch war einigermaßen zufriedenstellend. Kollege Waller gab, wie alljährlich, einen Bericht über die Entwicklung der Ortsgruppe. Bei einem durchschnittlichen Bestand von 240 Mitgliedern wurde eine Jahresernte von 8750,35 RM erzielt, gegenüber dem vorigen Jahr ein Mehr von 916 RM. Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit wurde im vergangenen Jahre die Agitation und die Jugendarbeit betrieben. Wohl alle Mitglieder haben sich an der Agitation beteiligt, insbesondere unsere Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, wie auch die Agitationskommission. Unsere Jugendgruppe fand in den beiden Kollegen Becher und Behrend treue Lehrer. Ein Filmabend mit Durchführung unseres Verbandsfilms: „Die Leute vom Bau“, sowie ein gut gelungener Familienabend trugen außer den alle zwei Wochen stattfindenden Mitgliederversammlungen zum guten Gelingen der Jahresarbeit bei. Die Vorstandswahl ergab, daß der alte Vorstand wiedergewählt wurde, bis auf den 1. Schriftführer. Der Kollege H. Stohldreier, der jahrelang das Amt des 1. Schriftführers innehatte, legte dasselbe wegen eines erlittenen Unfalles nieder. In Anerkennung dessen, daß der Kollege St., der zu unseren alten Kämpfern gehört, wirklich nicht aus Bequemlichkeit seinen Posten abgab, nahm unser junger Kollege B. Behrend den Posten als 1. Schriftführer an. Kollege St. erklärte sich bereit, das Amt des 2. Schriftführers zu übernehmen. Wiedergewählt wurde die Agitationskommission, die aus acht Mitgliedern besteht. Die Vergangenheit hat gelehrt, daß eine Agitationskommission für eine Ortsgruppe sehr vorteilhaft arbeiten kann. Der von dem Vorstand verfaßte Jahresbericht, wie auch die Vorstandswahl gaben zu der besten Hoffnung Anlaß, daß in der Ortsgruppe auch in diesem Jahre genau so gute Gewerkschaftsarbeit geleistet wird wie in den vergangenen Jahren. Kollege Ernst (Dortmund) gab dann einen eingehenden Bericht über den im Entwurf vorliegenden Reichstatarifvertrag. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt. Zum Schluß wies der Kollege Ernst auf die kommenden Verbandsarbeiten hin und lenkte die Aufmerksamkeit der christlichen Gewerkschaften auf diesen Gegenstand. Die anregend verlaufene Generalversammlung wird der Aufsicht zu neuem Leben in unserer Ortsgruppe sein.

**Empfänger.** Am 21. März fand hier eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, zu der der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands eingeladen hatte. Zahlreich waren die Bauarbeiter von Empfänger dieser Einladung gefolgt. Gewerkschaftssekretär Schäfers (Halle) erwiderte in

seinem Vortrag die Ideen und Grundzüge der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Er führte die Zuhörer zurück in die Zeiten des Auflebens des modernen Kapitalismus in Deutschland und in die Anfänge der christlichen und überhaupt der Gewerkschaftsbewegung und zeigte, wie in der heutigen Zeit des Materialismus die Erlösung des Arbeiterstandes nur möglich ist auf dem Boden des Christentums. Die Arbeiterbewegung kann nur wieder Stand werden und ins Volksganze eingegliedert werden, wenn die unbergänglichen Gottesgebote der Gerechtigkeit und Liebe auch im Wirtschaftsleben wieder zur Geltung und zur Durchführung gebracht werden. Mit dem Appell zum Eintritt in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter und zur Mitarbeit in ihm schloß der Redner seine Ausführungen.

Kollege Koch (Hedingen), der die Versammlung leitete, ergänzte die Ausführungen des Referenten und führte die Kollegen hinein ins praktische und wertvolle Leben. An Hand von leicht faßlichen Beispielen zeigte er ihnen die Gefahren der modernen Wirtschaft, und wie der Einzelne im Zeitalter der Konzerne machtlos dastehe. Auch er betonte, daß für den denkenden christlichen Arbeiter der Platz nur in der christlichen Gewerkschaftsbewegung sein könne.

Die anschließende Diskussion bot ein sehr trauriges Bild. Der sozialistische Baugewerksbund hatte gleich mehrere Diskussionsredner entsandt. Geistigen Hochstand wiesen ihre Ausführungen allerdings nicht auf. Das übliche Wald- und Wiesen-Agitationsgeschwätz und erhöhte Lungenkraft sollten erregen, was der sozialistischen Idee an innerer Güte abgeht. Ganz besonders hatte es den Herren der Kollege Koch angetan, weil er immer noch für die christlichen Gewerkschaften tätig ist. Diese angeblich einzig wahren Vertreter der Demokratie und der Gewissensfreiheit merkten gar nicht, wie sie ihren selbst propagierten Grundgedanken ins Gesicht schlugen. Ueber das übrige Gesums noch ein Wort zu verlieren, wäre zuviel verlangt. Es entspricht auch durchaus der Seinesgröße dieser Herrschaften, daß sie sich nicht genierten, durch Mahau den Versammlungsschluß unverständlich zu machen. Für den denkenden Arbeiter der beste Beweis dafür, wie weit die Toleranz der sozialistischen Arbeiterbewegung geht. Eine Schande aber für die Herren Störenfriede.

**Verwaltungsstelle Wörmitt.** Am 27. März hielten wir eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Auch die auswärtigen Kollegen waren reichlich vertreten. Der Gewerkschaftssekretär Johann Fliege aus Mehlhal hielt einen Vortrag, der mit großem Interesse angehört wurde. Dann berichtete der Vorsitzende, Kollege Andreas Eiser mann, über den neuen Reichstatarifvertrag. Darüber erhob sich eine rege Aussprache. Sehr begrüßt wurde es von den Kollegen, daß in unserer Verwaltungsstelle eine Jugendgruppe von 21 Mann ins Leben trat. Als Jugendführer wurde der Kollege Paul Klind einstimmig gewählt. Zu dem am 13. und 14. Juni d. J. stattfindenden ostpreussischen Jugendtag haben sich einige der jungen Kollegen gemeldet. Auch auf dem Reichsjugendtag in Köln wollen wir vertreten sein; für die Reise wird schon jetzt gespart. Der Vorsitzende, Kollege Eiser mann, dankte zum Schluß den Vertrauensmännern und allen Mitgliedern für die geleistete tüchtige Verbandsarbeit.

**Fliesenleger**

**Kämpfer i. W.** Am Donnerstag, 21. März, hielten wir unsere Monatsversammlung ab. Dieselbe war sehr stark besucht. Zunächst wurde beschlossen, den für Münster gültigen Tarif für das Plattengewerbe, der eine dreimonatliche Kündigungsfrist vorsieht, zu kündigen. Die Kollegen waren allgemein der Ansicht, daß hier eine andere Regelung geschaffen werden müsse. Daraufhin wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Kollege Böhm, welcher einige Jahre das Amt als erster Vorsitzender bekleidete, lehnte eine Wiederwahl ab. Es wurde der Standpunkt vertreten, daß die jüngeren Kollegen unbedingt den Vorstand ergänzen müßten. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Wilh. Fels, 2. Vorsitzender Paul Haud, 1. Schriftführer Bernh. Kemke, 2. Schriftführer Val. Millel, Verwaltungsstellendelegierte: Ignaz Mehlner, R. Roth, Kartelldelegierter: Bernh. Kros.

Des weiteren wurde beschlossen, verjüngtweise die Versammlungen auf einen Werttag zu verlegen, und zwar jeden ersten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Daraufhin nahm Kollege Duwenig das Wort und machte einige bemerkenswerte Ausführungen, insbesondere über die Pflichten und Rechte innerhalb unserer Organisation. Seine Worte fanden lebhaften Beifall. Wenn das Interesse für unsere Sache innerhalb der Fliesenlegergruppe weiter so gut bleibt, dann braucht es uns um die Zukunft nicht zu bangen. Dg.

**Sozialpolitik u. -versicherung**

**Verhinderung der Kapitalabfindung beantragt.** Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener E. B., Berlin RD 18, teilt uns mit: „Sollen Kriegsbeschädigten in durch die Kapitalversicherung ihrer Rente die Möglichkeit des Erwerbs eines eigenen Heims geboten. Bei dem bisherigen Kapitalabfindungsverfahren haben sich jedoch als unerwünschte Mängel herausgestellt die allzu lange Dauer des Verfahrens, die Gefährdung des Finanzierungsplanes durch die Herabsetzung der Rente und die Erschwerung der Kapitalabfindung bei innerlich Kranken. In einer ausführlich begründeten Eingabe an das Reichsarbeitsministerium stimmt der Zentral-

verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener zu diesen Fragen Stellung und unterbreitet zugleich praktische Vorschläge für die Vereinfachung und Beschleunigung der Anträge auf Kapitalabfindung. Die Zentralverbands-Eingabe führt weiter aus, daß der soziale Erfolg der Kapitalabfindung höher eingeschätzt werden müsse, als die rein versicherungstechnische Sicherstellung der fiskalischen Interessen. Zum Schluß wird darauf verwiesen, daß durch die gemachten Vorschläge nicht etwa die grundsätzliche Auffassung des Zentralverbandes berührt werde, die bekanntlich dahin gehe, daß die Rente nach Ablauf der Kapitalabfindungszeit in vollem Umfange wiederaufleben müsse.

**Bekanntmachung**

**Bezirk Köln**

Mit Genehmigung des Hauptvorstandes in Verbindung mit § 10 der Satzungen wird für Sonntag, den 28. April 1929, nach Köln, Franz-Straße 1, am Westbahnhof, eine

**Bezirkskonferenz**

durch den Bezirksvorstand einberufen. Morgens 11 Uhr große Kundgebung aus Anlaß des 30jährigen Bestehens unseres Verbandes. Redner: Herr Prof. Dr. Brauer von der Kölner Universität. Nachmittags 3 Uhr: Geschlossene Konferenz.

**Tagesordnung:**

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Bezirksleiters.
  2. Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen zwecks Abschlußes des Lohn- und Arbeitstarifes.
  3. Zeitgemäßer Vortrag eines Hauptvorstandesmitgliedes.
  4. Wahl des Bezirksvorstandes.
- Weitere Mitteilungen gehen den Verwaltungsstellen durch Rundschreiben zu.  
Die Bezirksleitung. J. U.: Th. Häuschen.

**Sterbetafel**

Am 2. April starb unerwartet schnell an den Folgen einer Lungenentzündung unser lieber Kollege Johannes Meier im blühenden Alter von 46 Jahren.  
Zahlstelle Lächtingen.  
Ehre seinem Andenken!

**Meisterschule**

Ausbildung in Zwei Halbjahrskursen zum **Maurer-, Zimmer-, Straßen- und Schachtmeister**  
Programm kostenlos.  
**Schachtmeister- und Polierschule**  
Detmold in Lippe.

**Schmale Leatholz-Wasserwagen**

Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm  
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,20 RM.  
Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugesandt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stukkateur- und Plattenlegerwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigsten Preisen. Prospekte werden unentgeltlich versandt. Bei Bestellung Größe und Form angeben.  
Walter Richter, Düsseldorf-Unterrath

**Wer probt, lobt „Wanderlust“**

**die Garantieware**

Leatholz-Wasserwaagen mit Messingplatte und Messingringen, genau ausgelotet. Holz aus alten Schiffen, daher beste Ware. Mit billigerer Ware nicht zu vergleichen. Bei Abnahme von 4 Stück portofrei. Bei Abnahme von 12 Stück eine gratis.

25	50	60	70	75	80
2,40	2,80	3,—	3,40	3,60	3,70
		90	100 cm		
		3,90	4,10		

La handgeschmiedete Maurerkellen, beste Stahlware.

180	200	210	220	230	240 mm
1,85	1,90	1,95	2,05	2,10	2,15 dünne
1,95	2,—	2,15	2,20	2,25	2,30 starke
					La Fußkellen (vierkant) beste Stahlware
		180	200	220 mm	
		1,50	1,55	1,65	

Was nicht gefällt, wird zurückgenommen.

Alle anderen Garantie-Werkzeuge für Maurer, Stukkateur, Plattenleger und Ofenheizer laut Liste billig.  
**G. Rasch & Sohn, Remscheid, Wilhelmstr. 34.**

